

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 7. April 1921

Einzelnenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 50 Pf. die fünfgespaltene Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamensanzeigen 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 40

Die kommunistische Offensive

II. Warum sie ausbrach und weshalb sie scheitern mußte

Unser Artikel I in Nr. 38 galt der Beweisführung, wie die ersten Anfänge der großwahnsinnigen kommunistisch-fundamentalistischen Märzoffensive von 1921 zu lachen und zu erlächeln sind, was man zunächst alles für die „Einheitsfront“ zu gewinnen gedachte, und daß nach den erhaltenen Ablagen von den Gewerkschaften und den sozialdemokratischen Arbeiterparteien diese schwere Bannflüche über sich ergehen lassen mußten. Der Trick mit dem „Offenen Briefe“ war damit erledigt. Es mußten andre, zugkräftigere Dinge herausgeholt werden, die zu bekämpfen man verpöndelgemäß (bei dem schon geschickterten lieblichen Alibi) gelang an die von den Kommunisten aus rechtsstehende Arbeiterkassen) alle n unternehmen wollte. Die Organe wurde fast ausschließlich als Zugmittel übernommen.

Für Ergänzung des Aktionsprogramms mußte dann der Oberpräsident der Provinz Sachsen, der Mehrheitssozialist Mörling, forgen, der nach einigen mitleidlichen industriellen Hochburgen, die von den Kommunisten beherrscht werden, Kommandos von Landespolizei entsandte, um die öffentlichen Sicherheit in den Gemeinden und den großen Betrieben wieder mehr in ein normales Stadium zu bringen. Die bawerische Regierung mit ihrem weiteren Troste gegen die Auflösung der Organe kletterte den um eine zugkräftige Lösung verlegenen Kommunisten ebenso wertvolles Material. Nun, mit dem 17. März, ging ein Schlüsselereignis in der „Roten Fahne“ los, die aus einmal nicht mehr von der Zentrale gezeichneten Aufrufe wurden lang und länger und arteten in blinde, blutrünstige Raserie aus, bei der es gar nicht mehr darauf ankam, was man noch vorzagen geschrieben hatte. Sollte die Konterrevolution wirklich zum Schlag ausgehört, dann hätte eine solche Sprache — in den Kritiken erschien sie ein wenig gemäßigter — nicht überboten werden können, denn die Tatsache allein würde wie im vorigen Jahre beim Kapp-Putsch genügt haben, die ganze Arbeiterkassen wie einen Mann aufleben zu lassen. Aber weil die Reaktion trotz großer Mühen in einzelnen Kreisen so weit sich gar nicht herauswagte, um so wahrnimmer brüllten die kommunistischen Sirenen einen neuen Kapp-Putsch hinaus. Wie blöde das Einbeziehen der Arbeiterkassen versucht wurde, geht aus der umstehend befindlichen Zusammenstellung von nur wenigen Ausblicken aus einer unheimlich großen Kollektion hervor, die auch von einer wundervollen Gestaltung zeugen gegen die rechts von den Kommunisten lebende große Mehrheit der Arbeiter in der SPD, und UFD.

Da nach dem Mißgelingen des Coups mit dem „Offenen Briefe“ von vornherein klar sein mußte für die kommunistische Führungsschar, daß gegen den unwirklichen Aufmarsch der Gegenrevolution nur die schwache Bundesgenossenschaft der abgeputzten Kommunisten und Unionisten zu haben sein würde, so mußte ein bestimmender Faktor von außerordentlichem Einflusse noch obwalten für das unzeitgemäße Vorgehen. Das ist die totale Abhängigkeit der deutschen Kommunisten von den die dritte Internationale dirigierenden bolschewistischen Imperialisten. Die Sowjetgrößen überfluteten Deutschland nicht nur mit „Aufrufen“, sondern, die bei den Gutgläubigen, die sich noch einige deutsche Nachdenklichkeit bewahrt haben und deshalb der dogmatischen bolschewistischen Denkweise nicht so folgen wollen, schon in launigen Ironie verfinden, sondern sie stechen auch heidenmäßig Geld in das deutsche Weltloch. Hier die von ihnen allezeit ausbrucherell gefundene Weltrevolution einladen zu lassen, ist der Wünsche höchster bei ihnen. In dem durch Parteiherrschaft förmlich verklärten Rußland hat es aber von Mitte Februar an selbst böse gewillert. Es ist schon viel über die politischen und wirtschaftlichen Zustände in Rußland zusammengezeichnet worden in der deutschen Presse. Was aber in der letzten Zeit von den kommunistischen Blättern zur „Staatsstellung“ über die Ausstrahlungen des

bolschewistischen Absolutismus geschrieben worden ist, muß als ebenso großer Schwindel bezeichnet werden. Der Überfall des kleinen sozialistischen Georgien durch das bolschewistische Rußland ist ein ganz gewöhnlicher Eroberungszug. Was die sogenannte Sowjetregierung, in Wirklichkeit aber nur terroristische Parteiregierung der Bolschewisten, in Persien und Indien vor hat, ist Sowjetimperialismus und will mit den Befürwortungen über das friedfertige Rußland schlecht übereinstimmen. Kapitalistischer Weltimperialismus und kommunistischer Sowjetimperialismus werden sich bald an Gerissenheit nichts nachgeben, wahrscheinlich auch nichts an Ausbeutungsmethoden und Brutalitätspraktiken. Rußland ist tatsächlich in ein neues Stadium seiner Revolution eingetreten, bei dem es aber auch aufzulegen kann.

Der Aufstand in Kronstadt vom 2. März bis ungefähr zur kommunistischen Märzoffensive in Deutschland war ein starkes Weltereignis für die Bolschewistenherrschaft. Mit dem weißgardistischen Putsch eines zaristischen oder abfallenden bolschewistischen Generals hat dieser Vorgang gar nichts zu tun. Die Kronstadter Matrosen bildeten vielmehr die bolschewistische Avantgarde und waren einleuchtend das Ideal einer „roten Armee“. Die Publikationen der Kronstadter proletarischen Konterrevolutionäre lassen klar erkennen, daß sie keineswegs in ein reaktionäres Fahrwasser geraten sind, sondern lediglich, daß sie sich aufleben gegen den immer stärker werdenden Terrorismus der Moskauer Regierungswesen. Die Programmklärung der Kronstadter kommunistischen Matrosen in ihrem Organ befaßt u. a.:

Die elementaren Zustände, durch die das Bauerntum seinen Proletat ausdrückt, und die durch die Not erzwungenen Streiks der Arbeiter werden mit Massenerhebungen nach der Methode der zaristischen Generale unterdrückt. In einem Meer von Blut erstickten die Kommunisten alle großen Parteien der Arbeiterbewegung.

Die Geduld des Volkes ist zu Ende. Hier und da brachen Aufstände aus, freilich die Arbeiter. Die bolschewistischen Gendarmen aber bemühten sich mit allen Mitteln, das Kommen der dritten Revolution zu verhindern. Und dennoch kommt sie und vollzieht sich durch die Arbeiter selbst. Hier in Kronstadt ist der erste Stein der dritten Revolution gelegt worden, die einen breiten Weg öffnen wird für den sozialistischen Aufbau.

Die neue Revolution wird den Arbeitern erst die Möglichkeit geben, die freigelegten Räte, frei vom Gewaltdruck einer Partei und ihrer jetzigen einkalernierten Gewerkschaften, in freie Verbindungen der Stadt- und Landproletariat und der geistigen Arbeiter umzubilden.

In Petersburg war es vordem zu einem schwachen Anlaufe des Unternehmens von Kronstadt gekommen, und wenn dieser auch von dem „blutdürstigen Trotski“ und dem „gemäßigten Sinowjew“ mittels der noch am sichersten anzusehenden Teile der roten Armee blutig niedergeschlagen worden ist, die innere Auflösung des Bolschewismus wird weiterbreiten. Bis zur Schreckensherrschaft ausartender Terrorismus und blutiger Bürgerkrieg können auch in Rußland nicht auf die Dauer das Herrschaftsinstrument einer durch und durch rücksichtslosen Minderheitspartei bleiben, in der sich nicht die Diktatur des Proletariats ausdrückt, sondern eine beispiellose über das Proletariat. Die außerordentlichen Kommissionen (des politischen Polizei) mit ihren berüchtigten brutalen Methoden können nicht als Rob und Risse noch lange Zeit die Stellen fähigen schützen, so Trotski und Budarin, Dzerzinsky und Rakowitsch thronen. Die Menschewisten, Sozialrevolutionäre und das Reichsbanner der Parteilothen bilden nun einmal die über-rote Mehrheit des russischen Volkes. Das stärkere Aufkommen der Anarchisten gibt auch einen Gradmesser ab für die Entwicklung der Dinge in dem bolschewistisch-kommunistischen Rußland.

Die russischen Gewaltdäber brauchen unter diesen Umständen einen Wüthabeller von den eigenen Völkern sehr eilig. Sie haben in Deutschland weitende Berater und in dem unaussprechlich talent- und mutvollen Dr. Kurt Geyer blamablen Leipziger Augenbedenken einen Vertreter der UFD in Moskau selbst. Dieser junge Mann er-

lebt jeden Morgen und an jedem Abend in seinen arg verschrobenen Vorstellungen die Aufrichtung der Rätediktatur in Deutschland mit allen dazu gehörigen Schönheiten. Etwa mit dem Ausbrechen der kommunistischen Offensive zusammenfallend verkündete denn auch dieser einflussreiche (März 1919) Generaldirektor der „Räterepublik Leipzig“ auf einem Bolschewistenkongress in Moskau, daß in Deutschland die kommunistische Saat reif sei. Aber ein kleines... Das offizielle Rußland hatte inzwischen schon auf den Knopf gedrückt, und der leere Spektakel mit der kommunistischen Offensive ging los; es war aber von seinen Folgen wie von den deutschen Beratern böse eingeleitet worden. „Vorwärts“, „Freiheit“ und „Leipziger Volkszeitung“, die beiderseitigen Parteinstanzen, der Gewerkschaftsbund wie die örtlichen Gewerkschaftszentralen gaben schnell Konterdampf; die unabhängigen Organe in einer so haarscharfen Charakterisierung des kommunistischen Tuns, wie die mehrheitssozialistischen Blätter es bei früheren Putschaktionen es gar nicht wagen durften. Wie Moskau die kommunistischen Puppen in Deutschland tanzen läßt, hat der „Vorwärts“ am 3. April an dem Abdruck eines Schreibens dokumentiert, das von dem provisorischen Internationalen Räte der Gewerkschaften ausgeht und den Deutschen gebietet, auch die Unionisten zu schluden. Aber den Bedarf an Geheimnissen soll wöchentlich Meldung erstattet werden. So liegt es auch auf rein politischem Gebiete. Der von Moskau erzwungene Rücktritt am Ende Januar von Lepki, Däumig, Zetkin, Braß und Adolf Hoffmann und die Auflösung der kommunistischen Zentrale in ihren hauptsächlichsten Posten mit notariellen Strebern — der zum Vorkommen avancierte ehemalige Kriegsberichterstatter Stöcker wird allgemein an ungünstigsten beurteilt — und sklavenhaften Moskauanbetlern hat das genügend dargestellt. Die Zurückgetretenen waren keine ausgesprochenen Putschaktivisten und wußten noch zu unterscheiden zwischen den russischen und den deutschen Verhältnissen. Deswegen waren sie auch nicht zu gebrauchen für die „große Aktion“, die sie in beschiedeneren Grenzen mit dem „Offenen Briefe“ eingeleitet hatten, aus dessen Mähdlingen in diesem ersten Stadium sie aber wohl schon gewisse Konsequenzen zogen.

Das Mitteldeutschland um Halle mit seiner neuerstandenen riesenhaften chemischen Industrie, Hamburg und einige Teile des westlichen Industriegebietes blieben die kommunistischen Brandherde. Dort gündete die von der „Roten Fahne“ und andern Blättern dieses Schlags betriebene Aufhebung mit den unfähigsten Kraftworten und den widerlichsten Beschimpfungen sowie den gemeingefährlichsten Ratschlägen, wobei es zu Widersprüchen und Abstreitungen kam, wie sie aus der Zusammenstellung auf der andern Seite (M — Morgenausgabe, A — Abendausgabe) nur an einzelnen Ausdrücken und auch nur stichwortweise sich drastisch ergeben. In den Zeitungen wird wieder viel übertrieben worden sein, aber was nach solchen Aufpuffungen — in Flugblättern und Maueranschlägen war weit schlimmeres zu finden — und bei dem Zusammenwirken der Vereinigten kommunistischen Partei mit der kommunistischen Arbeiterpartei, mit den Unionisten und den Syndikalisten, die sich gegenständig im Räteregime den Rang ablaufen, mit gültiger Unterliegung des unglücklichen Mobs herauskommen mußte, kann nicht zu weit von diesen Schreckensbildern sich bewegen. Das Ganze ist denn auch weniger ein Zustand mit revolutionären Mitteln, sondern eine große Fälschung mit allen Mitteln gewesen, die diejenigen, die als ehrliche Anhänger des Kommunismus an dieser unglücklich unvorfindlichen und künstlich gemachten Aktion teilgenommen haben, zur Erkenntnis der totalen Unfähigkeit, Gewillenslosigkeit und Gefährlichkeit der neuen Leute für die Arbeiterklasse bringen muß. Was vom 17. März an in Aufpuffung und dann von der Aufrüstung des „allgemeinen Generalkomitee“ am 24. März an Menschenopfern auf Arbeiter wie auf Polizeifolge, an Sachbeschädigungen und Erschwerungen zu verzeichnen ist, legt Zeugnis ab von einer gewöhnlichen Gewinnung, die nimmermehr einer geistig hochstehenden Arbeiterklasse wie der deutschen zu eigen sein kann. Man darf trotzdem nicht übersehen, daß Parteikadere und schämere Elemente in den radikalsten Parteien immer ein Be-

„Rote Fahne“

(auspflüchten):
Die Antirevolution
schlägt zu einer unerhörten Pro-
pogation der mittelständlichen Ar-
beiterklasse... Was für ein
Anknüpfen, der Freiheit für
alle Auspflüchten durch die
Antirevolution, für alle Verbrechen
wagend, die Antirevolution, für den
weissen Ter, oder unerschlichem
Müller. Die schwere Faust der
Arbeiterklasse muß die Hände der
Antirevolution und ihre
sozialverräterischen Hen-
kerschneide treffen. Die
einmütige Aktion der Arbeiter-
klasse muß diesen neuen Anschlag
zunichte machen. Das Proletariat
muß aus seiner Nationalität
herausreißen. Es genügt nicht,
in Demonstrationen den
Kampf hundertzugeben.
(17. 3. M.)
Die Bande der Mehrheits-
ler läßt geschick die schärfste
Macht gegen die nachste Partei
für ihr entfallenen Arbeiter-
schaft aufzuklären. Es will
von ihrer gegenrevolutionä-
ren Führerrolle zumunten
der Drang nicht ablassen und
darum befehlt sie — auf die Geheiß
sich führen — die Antirevo-
lution. Dieses Mittel ist
unter weichen der Oberprügel
von Schächler, der Hörsing, noch
nicht einmal der Schächler ist —
verwehlt bewußt den Streik
mit dem Raub und die Arbeits-
einstellung mit der Plünder-
ung... Der plötzliche Stern
aber muß beantwortet werden
... Ein jeder Arbeiter
pielt auf das Geißel und
erwirbt sich eine Waffe,
wo er sie findet. (18. 3. M.)
Die Drangbande triumphiert
auf dem Schwerte. Die führt

die Sprache der offenen Gewalt.
Die deutschen Arbeiter wä-
ren Hundstöße, wenn sie
nicht den Mut und die Kraft fin-
den, den Drangbanden in ihrer
klaren Sprache zu antworten.
Die Schwierigkeiten, in die die
Antirevolution durch die Zustimmung
in Oberdeutschland und durch die
Sanktionen gerät, verpflückt das
Proletariat zu größter Aktivität.
Die treuen Sozialistischen Her-
lings darf das mittelständliche Pro-
letariat nicht ruhig hinnehmen.
Es muß nicht nur vom Proletariat
aufgenommen werden, sondern
darin stehen, was sich die in
der Zentralleitung hinsichtlich an-
wendenden Gesellen einig.
(19. 3. M.)
Die Eubelköhe aus dem
K.P.Z. becken jeden Schritt des
neuen Prolet, ihres Parteifreund-
des Hörsing. Die Öfflichkeit
aus der Freiheit, ziehen es
vor, in einer Situation, die ge-
wöhnlich ist, das Proletariat
sich selbst zu schmelzen...
Die Proletariat der Bürger-
krieges und des Terrors
zum Vorwurfe machen,
sich selbst in die Hände der
Ordnung, die ausschließlich zum
Terror und Bürgerkrieg gegen die
Arbeiter, sein Arbeiter laßt
dieses politischen Kampfes
noch folgen. Die Arbeiterklasse
muß sich jetzt wappnen, um
dem feindlichen gerät gegenüber-
zustellen. Die Waffen in die
Hand der Arbeiter!
(20. 3. M.)
Die Gefahren der Bourgeoisie, die
organisiertestere Hans-
würsterei und der neue
Wut und Hörsing, haben

sich um das Banner der Drang
geschert, um ihr zum Siege zu
verhelfen. Die Front ist klar.
Auf der einen Seite die gefei-
erte Gegenrevolution und ihre Zu-
hänger, gewillt durch Erörte-
ren der Arbeiter, die den Ar-
beiter Kampf zum Siege zu
führen. Auf der anderen Seite —
allein das Proletariat.
(21. 3. M.)
Alle Arbeiterklasse denken auf
Eurem. In dieser Lage gibt es
für die Arbeiterklasse nur eine:
Zusammenkunft über die
Hände verräterischer Führer
blinzelnd, solidarischer Kampf
mit den Zeilen der Arbeiterklasse,
die den ersten Einmärschen aus-
gesetzt sind, Übergang zum Gegen-
angriff auf der ganzen Front!
(22. 3. M.)
Nur zum Geißel — Ver-
triebsbegehungen in Hamburg —
Kampfe in Gießen... Die
Gegenrevolution ist ein
Sanktionieren. Kann die Arbeiter-
schaft sie gewähren lassen? Ihr
erlauben, im Auge der Arbeiter-
die erste Herrschaft der Drang-
banden aufzurufen?... Die
Arbeiter Hamburg, haben die
Antwort gegeben. Die gesamte
Arbeiterklasse muß dem
Vorbede der Hamburger
Arbeiter folgen. Sie muß
zum Gegenangriff übergehen.
(23. 3. M.)
Der weiße Schrecken ist
die Tote von Mittel-
deutschland, die Tote von Ham-
burg, die für die letzte Sache
des Proletariat, gestorben sind.
Sie rufen den Arbeiter zu:
Die Zeit ist reif, ihr Schützer zu
werden nicht!... Alle Aralle und
alle Waffen zur Hilfe für
die kämpfenden Brüder. Das ist

die heilige Pflicht der deutschen
Arbeiter... Nichts kann und
darf mehr die Arbeiter vor
Kampfe zurückhalten. Dem ver-
räterischen Willen der
Mehrheitspartei und
Händlungen, die den Ar-
beitermord im Dienste der
Gegenrevolution befehlen
und verheißeln, muß der Kampf
gegeben werden.
(24. 3. M.)
Arbeiter, auf zum Genera-
lstreik! Folgt der kommunisti-
schen Anführer!... Ein
breiter Wall von Masse
bis Hülferding deckt den
Verb der Bourgeoisie. Die
Bourgeoisie steht dahinter und
reißt sich veranlagt die Hände. Die
Drang steht grinsend dahinter
und läßt sich die Vorarbeit ge-
fallen. So gut hat es die Bour-
geoisie wie nie zuvor gehabt.
Darum gilt es jetzt, die Ver-
räterfront zu durchbrechen und in
die allgemeine Kampflinie einzu-
rücken. Das ist es, wozu die
Stunde das Proletariat ruft.
(26. 3. M.)
„Rote Fahne“
(abwiegend):
Daselbe, was einst der Sow-
jetdemokratie widerstand, wider-
spricht jetzt der W.P.D., für jedes
hinverbrannte Mittel
ist sie verantwortlich. Und
W.P.D. und W.P.D. machen die
hündengemeine Sache mit... In
der „Roten Fahne“ ist möglich zu
lesen, wie wir die politische Situa-
tion beurteilen, und welche
Mittel die Arbeiterklasse anwen-
den muß, um sich von ihrer
Schlauer zu befreien. Wir er-

klären daher: Entweder sind die
Mittel, die jedenfalls aus
majores überleben werden,
Spiegel, oder sie haben
konstante anarchische Nar-
ren zu Arbeiter, von denen
wir stets weit abgerückt
sind.
(24. 3. M.)
Sein Kampf von Arbeitern
gegen Arbeiter! Die Kontre-
revolution wird versuchen, sich
vor ihre Gewehrflut zu bein-
gen. Mer euch vor die
Gewehrflut der Kontre-
revolution führen will,
den schüttelt ab. Mer ge-
walttame Zuversichtungen
unter der Arbeiterklasse selbst
propagiert, den weist energig
zurück.
(26. 3. M.)
„Der Kommunist“
(Eulgen):
Will die Gegenrevolut'on das
Proletariat weiter de-imieren
durch künstliche Betriebsstren-
gen, dann muß das Proleta-
riat dem Beispiel der mittel-
deutschen und Hamburger Ar-
beiter folgen und sich bewaff-
nen und die Betriebe be-
setzen.
(24. 3.)
„Gothar Volksblatt“:
(W.P.D.)
Verlaßt die Betriebe
nicht! Behandle jede Beleg-
schaft ihren Betrieb als ihre
Burg — wie die Arbeiter-
losen heran an den Betrieb,
dass sie einen lebenden Kör-
per bilden, einen Schutz gegen
Blockade durch Drang und
Stol... Es ist auch für uns ein

schwerer Entschluß, Produk-
tionsmittel vielfach zer-
stören zu müssen — aber lieber
die toten Maschinen denn unfre
lebenden Brüder... Sollen sie,
was ihr habt!... Durch die
Zerschlagung der Betriebe auf
Beschlagnahme der Produktions-
mittel, zur Erringung der poli-
tischen Macht!
(26. 3.)
„Rote Fahne“:
Die Kommunistische Partei hat
die Parole vom Generallstreik,
die Parole „Her aus den
Betrieben“ und zunächst keine
andere ausgegeben.
(26. 3. M.)
„Kommunistische Arbeiter-
zeitung“:
(W.P.D.)
Alles Aktionsausschlüsse, Be-
legt die Betriebe, Beleg-
tales ist im. Erst den hapi-
talistischen Apparat mit allen
Mitteln. Propagiert mit
alter Gewalt, kämpft um
den Betrieb, Entsaft die
Kontrerevolution. Soll euch
die Waffen, wo ihr sie
findet, auch die Dinge lahm.
Eigert euch die Verbindung aller
Aktionsausschlüsse.
Sed ihr Kunde, die die Pötte
der Herren vorziehen? Sed ihr
greimende Weiser, die Freiheit
haben wollen ohne Kampf? Im
Osten zu lernen und suchen zu
treffen, laßt ihr eure bis in den
Tod kämpfenden Heiden in (29. 3.)

fällungszeit suchen. Die Bombenanschläge in Orien, wo
von der kommunistischen Offensive nichts zu merken war,
erbärten das wiederum. Moralisch ist, auch mit den Sabo-
tageakten, der Märzputsch 1921 durch seine Ausartungen
gerichtet. Was hinzukommt an Betriebsbegehungen, „Aus-
begehungen für die rote Armee“ und Ausruhmungen der Rä-
republik, geht auf das unerschuldige Konto riesiger Dummheit.
Oberhaupt: ein Generallstreik, bei dem eine kleine
Minderheit die Betriebe erst gewaltsam leeren muß, ist
von vornherein eine verlorene Sache. Das könnten doch
wenigstens die Hindsköpfe wissen, die leichtfertig das
blutige Massenbegeh aufgemacht haben, selbst aber weil und
breit nicht zu sehen waren, weil sie teils auf dem Wege nach
Aufstand waren oder im Hinterlande hockten.
Wenn es auch nach und nach an Wahrscheinlichkeit
gewinnt, daß der auffallenderweise nie zu greisende Mar-
Söllz der Arbeiter der Saupflichtanden ist, so sind doch
die gegenseitigen Beschuldigungen und Abseignungen der
einzelnen beteiligten Parteien und Gruppen — sogar über
Mitzustandkommen oder zu frühen Abbruch! — be-
zeichnend genug und förmlich einschneitendergehend die
in unfer Zusammenstellung zu findenden Auslassungen des
„Gothar Volksblatts“ und der „Kommunistischen Ar-
beiterzeitung“ (W.P.D.) Die e'gentliche kommunistische
Partei hätte bei dem Auftritte verbleiben sollen, den die
„Rote Fahne“ Ende 1919 nach ihrem Wiedererscheln
in Berlin enthielt, woraus wir nun den Schlußteil wieder-
geben wollen:
Es wird nur Wochen dauern und die Pro-
klareure werden wieder unter euch sein wie im
Januar, wie im März.
Darum sagen wir euch: Wer euch jetzt zu Putsch, zu
bewaffneten Aufständen, wer euch jetzt zur ge-
walttamen Zerstörung von Maschinen usw. auf-
fordert, der ist ein Agent der Gegenrevolution...
Keine Putsch, keine Krawalle! Sinweg mit
den Propagaleuren und Spitzeln!
Die heiligen kommunistischen Revolutionsvererber mögen
also in dem Spiegel blicken, dann sehen sie die Agenten
der Gegenrevolution in sich selbst.
Die Drang-Gespinnst zu beteiligen, war schon ein in
dem „Offenen Briefe“ genanntes Erfordernis. Die rea-
ktionäre Regierung sahr in Bayern zu kürzen, ist eine
ebenso große Notwendigkeit. Aber den Widerstand dieser
mehr oder weniger gegenrevolutionären Streiks zu brechen
und dem Entwaffnungsgehe Genüge zu verschaffen, ist
zunächst einmal Sache der gegen München allerdings
gleichmäßig obumächlichen Reichsregierung. Im weitern jedoch
kommt doch dann der bayerischen Arbeiterklasse, wie die
„Freiheit“ ganz richtig betonte, die Rolle zu, die Ein-
wohnerwehren zu entwaffnen und mit dem Drangspuk
aufzuräumen. Ein in den kommunistischen Hochburgen
Mitteldeutschlands dagegen unternommener Generallstreik
ist doch ein starkes Stück Widsinn. Wenn nun die Ar-
beiter in Bayern bisher so wenig Mistfahre in dieser
Richtung aufgebracht haben, überhaupt, daß dort ein ab-
geschwächtes Anagn sich entwickeln konnte, das hat doch
lediglich die verrückte Räuberhaft in München vor zwei
Jahren bewerkstelligt. fällt also in erster Linie den gegen-
revolutionären kommunistischen Herrschaften zur Last.

Welche Konsequenzen die Entente aus dem von den
Kommunisten herodgerufenen Aufstande mit Waffen ziehen
wird, da sie wegen der offenen Aufhebung der bayerischen
Regierung und Reaktion, was ein Begriff ist, gegen das
Entwaffnungsgebot im Versailler Vertrag und die dazu
erlassenen gesellschaftlichen Bestimmungen Deutschlands jeben-
falls wieder „Sanktionen“ plant, dürfte auch in der Linie
liegen, daß die Kommunisten für die Entente gearbeitet
haben, wie sie es in ausgiebigstem Maße für die Reak-
tion taten. Mit deren Gebaren als Triumpatoren nach
dem von den Kommunisten selbst zu Tode malträtierten
Generallstreik werden wir uns in einem notwendigen
währenden kürzeren Schlußartikel noch näher belassen und ihnen
mit dem Verlangen nach allerhand „Notwendigkeiten“
und Ausnahmebehandlung den Appell verlesen; gleich-
falls muß die sehr wichtige Seite der richtigen Nutzenwendung
aus dieser kommunistischen Mellesoffensive für die deutsche
Arbeiterklasse an Erörterung finden. Die Drangcherel als
Behauptungsmittel der in Bayern ihren Gipfel erreichenden
politischen Reaktion und der in Mitteldeutschland ihren
Sauptstützpunkt habenden Kommunisten und Syndikalisten,
die derjenigen der Reaktion jetzt das Lebenslicht ausblasen
wollte, das ist allerdings eine verblüffende Gegenüber-
stellung, die aber leider mehr ist als ein logischer Sinnf.
Der irrvolutionäre Generallstreik der ja in der
wirtschaftlichen Bewegung mit wilden Streiks ebenso sinnlos
operierenden Kommunisten mußte mißlingen, weil er im
Falle seiner Berechtigung gegen die Gegenrevolution Tag für
Tag geführt werden müßte, was doch einfach unmöglich ist.
Er müßte erst recht verunglücken, weil ein Vergleich mit
dem Kapp-Putsch im März 1920 gar nicht möglich ist;
damals hatte in der Tat die Kontrerevolution losgeschlagen,
mit dem Erfolge, daß sich im Nu die gesamte Arbeiterklasse
dagegen erhob. Er müßte von vornherein scheitern, weil es ein
Stück aus dem Tollwasse ist, durch künstlich erzeugte Auf-
stände in Deutschland die im kommunistischen Aufstand sich
zeigenden proletarischen Anstürme gegen die Gewalt- und
Schredensherrschal einer pseudokommunistischen Minder-
heitspartei verdecken zu wollen. Er müßte beschränkt
bleiben und bald zusammenbrechen, weil die nur ganz
wenigen Geld- und Stollproben aus unfer bis zum Ver-
bote der „Roten Fahne“ geführten Zusammenstellung von
Auslassungen und Aufteilungen es klar machen, daß mit
solchen Mitteln und bei derartiger Beschimpfung der Mehr-
heitspartei in Verbindung mit den im ersten Artikel auf-
geführten Leistungen gegen die Gewerkschaften nur ab-
gestoßen werden kann.
III. Das Finale in der „Roten Fahne“
Die Abendausgabe vom 4. April ist uns als erstes
Lebenszeichen des kommunistischen Zentralorgans ge-
gangen; am 3. April muß aber das erste Erschlagen nach
dem längeren Verbote gewesen sein. Die ganze erste Seite
füllt ein Aufruf „An das deutsche Proletariat!“, heraus-
gegeben am 1. April, zum erstenmal auch wieder unter-
zeichnet (von der Zentrale), was man seit dem 17. März
mit der beginnenden Aufhebung und dem 24. März als
Generallstreikbeginn tapfer wie auch sonst wohlweislich
unterlassen hatte. Am 1. April wurde aber auch von der
anderen kommunistischen Partei „abgeblasen“, wie der

technische Ausdruck im Generallstreikheftchen heißt. Die
Kommunistische Arbeiterpartei, die von den Bolschewik-
hüptern als „unpatriotischeres Mitglieb“ zur dritten
Internationale zugelassen ist, was den besten Zorn der
Bereinigten Kommunisten (durch Halle abgefallene Unab-
hängige und Aktkommunisten) rege hält, hatte meistens die
Führung an sich gerissen bei der großen Putschsache; sie
wird von Moskau eigentlich nur zur Aufpötschung der
unter Lebi „eingerofteten“ Kommunisten benutzt.
Der Aufruf der Bereinigten Kommunistischen Partei
Deutschlands beweißt vor allen Dingen das eine: die neue
Zentrale hat den Aufruf in die Hände der Arbeiter nicht
beherzlichen Arbeiterklasse „noch nicht aufgegeben. Das ist
ein „gdt kräftiges Zeichen“, aber für die Dummheit-
jungen Erbeiglinge, die jetzt am Ruder sind, am be-
zeichnendsten. Von der Massenflucht aller noch denk-
fähigen Leute nach diesem „Schlachbade“ aus dem kom-
munistischen Lager will man einfach nichts leben, aber es
wird noch kräftiger kommen, denn die Mitwirkung der
Höllischen Schredensbanden hat Wunder der Ernüchterung
und Erhellung bewirkt.
Die Zentrale schwindelt wie mitten „zwischen den
Schlachten“: Einmalbals bis zwei Millionen Proletarier
hätten dem Rufe der W.P.D. Folge geleistet. Sie lesen
der verbündeten Gegenrevolution von Westarp bis Hülfer-
ding ehrenvoll unterlegen, aber die W.P.D. — die andern
Bundesgenossen gesehen anschließend schon wieder die
Mibachtung wie vordem — gehe trotz der Niederlage
folgen Hauptes und auch „voller Zuversicht neuer
Kämpfen entgegen“, allein könnte sie jedoch den Sieg
der Weltrevolution nicht erkämpfen. Aber, der Sieg des
Proletariats über die Mächte der Reaktion und der
revolutionären Kampf des um seine Befreiung ringenden
Proletariats „im Bunde mit Sowjetrußland“ werde
Rettung bringen. Von kaum glaublicher Beschränktheit
oder Zumutung dieser Elendsgast an die Leser zeugt
der Satz:
Der Moment des Kampfes war günstig.
Die deutsche Bourgeoisie war und ist in einer inneren
und äußeren schweren Krisis. Ihr müßte sich nur
zusammenenschließen zur proletarischen Einheits-
front und geschlossen den Kampf aufnehmen. Eure
Führer stellten sich in der entscheidenden Schicksals-
stunde wieder gegen das Proletariat, auf die Seite
der Bourgeoisie. Statt im Kampfe voranzugehen, stelen
euch diese Führer in den Rücken.
Die „Freiheit“ (und nach ihr fast alle W.P.D. und
E.P.D.-Organe) hat während des Generallstreiks in gott-
voller Weise den Mut der überall hin zerstoßenen kom-
munistischen „Führer“ perflört; man kann also annehmen,
die Zentrale hatte von den Führern der unbeliebten Ar-
beitermehrheit verlangt, sich an die Spitze der verlorenen
Sache zu stellen, da deren Macher unsichtbar geworden
waren. Jedoch viel wesentlicher ist die Behauptung, die
ich noch, daß der Moment des Kampfes günstig gewesen ist.
Führer von solchem Beurteilungsvermögen und mit einem
solchen weiten Gewissen gehören auf der Stelle zum Teufel
gejagt, denn viele Menschenleben hängen von ihrer Ge-
meinheitsfähigkeit ab. Was es mit dieser haarfräubenden
Behauptung auf sich hat, das hat in dem Schwelger

Kommunistenblatt „Neue Ordnung“ vom 23. März ein Berliner Brief offenbar, worin es heißt, die Konterrevolution sei gestiftet, wohl organisiert und bis an die Zähne bewaffnet. Was Proletariat sei aber abgeklumpt und abgekämpft. „Man kann auf allerlei Gefahr sein in den nächsten Tagen, aber die Arbeiter werden nur blutige Köpfe bekommen.“, zudem herrsche keine Kampfesstimmung im Proletariat, die Lage sei also mies. Ausführlich ist dieses Stimmungsbild aus Berlin in der „Freiheit“ vom 30. März morgens nachzulesen. Wenn die „Freiheit“, die „Leipziger Volkszeitung“ u. a. die kommunistischen Putschmacher in allen Variationen und Stärkegraden der Betonung Verbrecher nennen, dann ist dieses Verdikt schon wegen dieses einen Satzes berechtigt. Dazu kommt, daß die „Rote Fahne“, die jetzt die deutsche Bourgeoisie von einer schweren inneren und äußeren Krisis befallen sieht, noch bis zum Loslegen mit ihrer Aufregung die kapitalistische Offensive an allen Ecken und Enden ausbrechen las, also das Gegenteil von Krisen feststellte. Einen einzigen Satz in dem Aufrufe könnte man unterschreiben, nämlich den, wo erkenntnisvoll gesagt wird: „Die Orgeschpindel und Provokateure hassen die Arbeit erleichtern.“ Damit werden die Kommunisten aber immer zu rechnen haben bei ihrer Zusammenkunft, sie wollten deshalb in lichterem Augenblicke auch nichts von Putschern wissen, wie im zweiten Abschnitt schon allert wurde.

Wenn die Zentrale auch diese schändlichen Schmähungen glaubt auslösen zu müssen:

Der Frontalangriff gegen die offene und verdeckte Gegenrevolution, zu dem die WFD. aufrief, wurde nicht niederkämpft von der legalen und illegalen Macht der Militärkraft und kapitalistischen Ausbeuter. Dieser Gegenangriff wurde durch den Stankenshof der SPD. und USG. in der Enstaltung verhindert. Diese beiden „Arbeiterparteien“ raufen sich um die Ehre, die kämpfenden Proletarier niedergumachen,

so daß sie damit die Gesamtheit der sozialdemokratischen Parteien, nicht allein die Führer, beschimpft und wird sich sagen lassen müssen, daß ihr zum Schluß in grenzenloser Borniertheit ausgetrohen neuer Putschruf:

Formiert euch neu zum Kampfe. Steht gerüstet. Bald heißt es wieder: Sturmtruppen unters Sinn! Drauf und dran gegen die Feinde! sich auch gegen die Arbeitermehrheit richtet und von dieser aufgenommen werden wird. Sie wird es verhindern wissen, daß die Reaktion noch mehr zur Erstarkung kommt durch solche Wahnsinnsakte unreifer und unterantwortlicher Menschen. Die WFD. den Schimpfpannen Ploniere der Reaktion, verdient haben und die von jedem wahrhaft vorwärts strebenden und drängenden Arbeiter als Spießgesellen der Gegenrevolution energisch bekämpft werden müssen.

In einer Stelle wird auch der „Mitarbeiter“ der Gewerkschaftspresse gedacht. Durch Dynamitattentate sollte eine Pogromstimmung gegen die Kommunisten erzeugt und die Arbeiter untereinander verwirrt werden. „Diese Verwirrungsarbeit wurde vor allem durch den „Vorwärts“ und die „Freiheit“ und die Gewerkschaftspresse auf schamloseste besorgt“. Die Gewerkschaftspresse hat indes nach ihrer Erscheinungsweise sich nur erst ganz wenig mit der kommunistischen Offensive beschäftigen können, es wird dies aber noch genügend gelassen, denn die Kommunisten haben ein politisches und ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm zu ihrer Durchföhrung von Moskau vorgeschrieben. Das „Korrespondenzblatt“ des Gewerkschaftsbundes hat außer dem „Korr.“ allerdings schon Betrachtungen über den neuen Märzputsch gebracht. Von alledem halte aber die Zentrale bei Abfassung ihres Aufrufs noch keine Kenntnis. Das Schwimdbild mißlingt ihr also ebenso wie das Aufputschen.

Streikbruch oder Solidarität?

Eigentlich sollte man nicht glauben, daß es überhaupt Gewerkschaftler, richtiger: Buchdrucker gibt, die nur einen Augenblick zögern können, um sich für das Richtige zu entscheiden. Das es aber trotzdem solche gibt, geht aus den Ausführungen unres Verbandsvorstandes auf der Gavourfseherkonferenz zu dem Antrag einiger Mitglieder auf Ausschluß von Mitgliedern wegen — nennen wir es doch richtig — Streikbruch hervor. Daß es ein solcher ist, hat auch die Verwandlung des Wortes in ein „Kernhalten von lokalen Streiks“ nicht ganz verwischen können.

Verlesen wir uns einmal in die Lage, daß eine Mitgliedschaft einen brüchigen Streik beschließt; ob dies nun ein „wildes“ Streik oder einer von den betreffenden Gavourf Begriffsinstanzen gebilligt ist, darauf kommt es bedem, was ich hier sagen will, nicht an. Sollen wir uns dann vor, daß ein Mitglied des betreffenden Ortsvereins auf den Beschluß, der doch immer durch die Mehrheit gebilligt ist — umsonst wäre er ja nicht in der Welt — pleißt und trotzdem zum — Streiken geht, so ist das doch schwerste Durchsicherung der gewerkschaftlichen Disziplin, die auch im Ortsvereine hochgehalten werden muß. Für die aus solchen Beschlüssen sich ergebenden Konsequenzen trifft doch die persönliche Verantwortung in den Hintergrund und wird zum größten Teil von der Mitgliedschaft

als Ganzes die Verantwortung dann getragen. Wollte sich der Teil der Kollegen, der sich beispielsweise mit den Beschlüssen des Verbandsvorstandes nicht einverstanden erklären kann, außerhalb dieser Beschlüsse stellen, fürwahr, das gäbe ein schönes Tohuwabohu.

Zimmerlein könnte ein Stallegen den Ausschlußanträgen gegenüber nur unter diesen Gesichtspunkten nicht ganz schicklich erscheinen. Aber vom Standpunkte der Solidarität muß das Verhalten solcher Streikrührer unbedingt scharf verurteilt werden, soll es nicht dahin kommen, daß Solidarität eben nur ein Wort bleibt, hinter dem entgegengesetzte Taten stehen, die zu verurteilen der Verbandsvorstand sich nicht entschließen zu können glaubt. S. S.

Den Kollegen L. S. müssen wir mit aller Entschiedenheit darauf aufmerksam machen, daß ein Zuwiderhandeln gegen hilps und klare Beschlüsse der Generalversammlung unres Verbandes gegen die gewerkschaftliche Disziplin verstoßt. Ob das ein einzelnes Mitglied oder eine ganze Mitgliedschaftsverammlung ist, überlät daran gar nichts. Die Nürnbergener Generalversammlung unres Verbandes hat lokale und wilde Bewegungen als unzulässig erklärt (vgl. Seite 238 mit dem entsprechenden Beschlusse sowie die Ausführungen des Berichterstatters auf Seite 78 und weiter verchiedene Redner auf Seite 250 des Protokolls). Wer sich also an solchen Bewegungen nicht beteiligt oder sich von ihnen trenn dält, handelt nur im Sinne dieses Beschlusses; wer sich da egen daran beteiligt, kann es nur auf eigene verantwortliche Verantwortung tun und seinen Anspruch auf organisatorischen Schutz der Unterliehung erheben. Die gewerkschaftliche Solidarität bedingt vor allen Dingen unbedingte Beachtung der Beschlüsse der zuständigen gewerkschaftlichen Parlamente. Der Verbandsvorstand und die Gavourfseherkonferenz sind lediglich zu subordnenden Instanzen für die Beschlüsse der Generalversammlung. Beide haben daher gar kein Recht, diese Beschlüsse irgendwie abzuweichen oder ihre Vollziehung anzuerkennen; sie sind sogar verpflichtet, für deren Einhaltung alle zulässigen statutarischen Mittel in Anwendung zu bringen, andernfalls hat von der nächsten Generalversammlung d s Verbandes zur Rechenschaft gezogen werden können. Von dieser Verantwortung kann sie auch kein Beschluß irgendener Mitgliedsversammlung befreien; im Gegenteil, alle derartigen Beschlüsse verstoßen gegen die gewerkschaftliche Disziplin, ganz gleich, ob es sich um die Mitgliedschaft einer Orts- oder eines kleinen Provinzverbandes handelt. So liegen in der Sache zwei verschiedene Möglichkeiten vor, die sich nicht in sich selbst ausschließen, in einer Gewerkschaft gehandelt werden soll. Die Kommunisten müden zwar ihren Ansehen zu, daß sie sich auf Kommando ihrer Leitung leicht erheben oder erheben lassen müssen; die Gewerkschaftlichen dagegen fordern nur einheitliche Beachtung der selbstgeschlossenen Gesetze. Sehen sich einzelne Mitglieder oder auch ganze Mitgliedschaften über diese demokratischen Grundgesetze hinweg, so verstoßen sie sich auf die Regeln gegen die gewerkschaftliche Disziplin, den höchsten moralischen Grundpfeiler aller gewerkschaftlichen Aufgaben. In diesem Sinne ist daher auch jeder kein Streikbrecher, der sich an wilden Bewegungen, d. h. solchen, wie sie durch die Gavourfseherkonferenz (vgl. Nr. 34 des „Korr.“, 2. Seite, 1. Spalte) nicht bezeichnet wurden, nicht beteiligt. Der Standpunkt der gewerkschaftlichen Solidarität erfordert bewie, mehr als je zuvor, geschlossene und einheitliche Gesellschaf im Rahmen der gesamten Gewerkschaft, und zwar nicht nur leichs einzelner Mitglieder, sondern auch leichs aller Mitgliedschaften. Nur dann ist die Wirkung und machig, wenn wir alle unter Anlehnung an einheitliche Grundgesetze und einheitliche Führung und nicht auf Zerstückelung einstimmen. Wer diesem Ziele dient und sich mit seiner ganzen Kraft dafür einsetzt, dient sich und der Gesamtheit der Kollegenschaft besser, als wenn er mit fallch verhandener Solidarität die Schlagkraft unres Verbandes zugs Spiel, leißt und das Vertrauen der Kollegenschaft in die gewerkschaftliche Solidarität erschüttert. Die Reduktion (p. p.)

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Nachahmenswerte Beispiele. In Zalkro gewährt Niedingers Buch- und Steindruckerei von einem im Herbst v. J. gewährten Vorkauf in Höhe von 1000 Mk. für Verheirathete und 500 Mk. für ledige allen Beteiligten einen Nachschuß von 200 Mk. für die Verheiratheten und 100 Mk. für die Ledigen. Die Buchdrucker Franz Lindner am gleichen Ort erstreute einen Kollegen aus Anlaß seiner 25jährigen Betriebszugehörigkeit durch ein Geldbühn von 1000 Mk. — In Plauen gewährte die Geschichtsbilderfabrik G. W. Kaiser jenen Arbeitern, die zu Ostern einen Konfirmanden hatten, einen belobenden Zuschuß von je 250 Mk.; fünf Betriebsangehörige traten in den Genuss dieses Entgegenkommens.

Meisterprüfungen. Vor der Handwerkskammer Stuttgart haben die Meisterprüfung mit Erfolg bestanden: Richard Dauer aus Stuttgart, Heinrich Dettle aus Hebenhausen, Erwin Plank aus Ehlingen und Gustav Thum aus Heilbronn.

Kommunistische Attacken gegen Buchdruckerereien. Während der kommunistischen Unruhen im Mansfelder Lande wurde u. a. auch die Buchdruckererei von Frh Schnee in Helfstedt (Elbhar) teilweise in die Luft gesprengt. Glücklicherweise blieben die Betriebsräume (Maschinenaal und Egehrei) unbeschädigt, so daß die dort beschäftigten zehn Weibchen vor Arbeitslosigkeit bewahrt blieben. — Aus Halle ist noch zu berichten, daß wegen Verbots der kommunistischen Blätter, die in der dortigen Genofschenschaftsdruckerei („Volkszeitung“) hergestellt wurden, die Setzer und Drucker auch die Herstellung der „Volkszeitung“ (unabhängig) verweigert haben. Die Geschichtsleistung war daher gestillt, diese Zeitung in der Druckererei der „Leipziger Volkszeitung“ herstellen zu lassen. Die rechtslogikalische „Volksstimme“ und sämtliche bürgerliche Blätter wurden von den übrigen Kollegen in Halle selbstständig hergestellt und konnten insofern ebenfalls auch ungetrübt erscheinen. Lediglich den kommunistischen Buchdruckern blieb es vorzuehalten, einen genofschenschaftlichen Arbeiterbetrieb zu leüdügen, womit diese wohl am deutlichsten beweisen haben, wie wenig praktisches Verständnis sie für die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen besitzen. Es sind Linde Krawattler, die in wirtschaftlichen Fragen noch bedenklicher sind als in politischen.

Aufhebung der öffentlichen Papierbewirtschaftung. In voriger Nummer haben wir an dieser Stelle berichtet, daß die Reichsregierung der von einem Teile der Zeitungserleger (hauptsächlich Verleger größerer Tageszeitungen) geforderten Aufhebung der öffentlichen Papierbewirtschaftung

ihre Zustimmung verlag und sich für deren Fortsetzung auch im zweiten Quartal entschieden hat. Anzuweisen hat hü aber die Reichsregierung wieder anders besonnen und hat in der Sitzung des Reichskabinetts am 1. April beschlossen, die Bewirtschaftung des Zeitungspapiers mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Dieser Beschluß soll eine Folge des Willens der deutschen Zeitungserleger gegen die neue Papierpreiserhöhung durch die Papierfabrikanten sein. Mit diesem Beschlusse fällt nun für die Zukunft die amtliche Preisfestsetzung weg. Und die Reichsregierung will durch äußerste Förderung der Produktion und durch strenge Handhabung der Anstufkontrolle für Zeitungsdrukpapier dafür sorgen, daß der Inlandsbedarf der deutschen Presse sichergestellt bleibt. Diese Maßnahme liegt jedoch in ihren Wirkungen in direkt entgegengesetzelter Richtung, als es die in Hannover veranlaßt gewordenen Zeitungserleger gewünscht haben. Diese fordern von der Regierung energische Schritte, um eine den Bedürfnissen der deutschen Presse gerecht werdende Preisfestsetzung in Form einer erheblichen Herabsetzung von den Fabrikanten geforderten Preise herbeizuföhren. Die Regierung beantwortete nun diese Forderung dadurch, daß sie auf jede weitere Einwirkung auf die Preisgestaltung verzichtete und den Papierfabrikatoren und privaten Preisdiskontrollanten das Feld vollständig überließ. Und mit Recht bezeichnet z. B. der Berliner „Vorwärts“ es als eine Freilichkeit der Öffentlichkeit, wenn die Reichsregierung erklärt, sie wolle „wie bisher durch äußerste Förderung der Produktion den Inlandsbedarf sicherstellen“. Dies ist geradezu blutiger Spott, denn die Produktion der deutschen Druckpapierfabriken reicht insofern der an sich schon bedrängten Lage der deutschen Presse völlig aus, um selbst einen sehr erhöhten Bedarf zu decken. Nicht durch Förderung der Produktion ist der deutschen Presse und damit dem deutschen Volke zu helfen, sondern dadurch, daß man dem Verbraucher den Papierbezug überhaupt ermöglicht durch Festsetzung eines angemessenen Preises oder im Notfall auch durch Verbilligung des Papiers aus Staatsmitteln. Durch das Verlangen der Reichsregierung ist die Papierfrage natürlich nicht gelöst, sondern erst recht aufge-rollt. Die Öffentlichkeit wird sich nicht damit beruhigen können, daß ein großer Teil der selbständigen Presse einfach zum Tode verurteilt wird zum Nutzen der von Moskau oder Effen Subventionierten. Sollen sich die Reichstags in dieser Angelegenheit ein erstes Wort sprechen.“ Wir sind zwar auch der Ansicht, daß im Reichstag wohl ganz deutliche Worte zu diesem Thema gesprochen werden dürfen, aber wir verpfehen uns sehr wenig Erfolg davon. Diese Frage hängt nämlich mit der ganzen sinnlosen und allgegenwärtigen Situation der privatkapitalistischen Wirtschaft zu eng zusammen, daß hier insbesondere die bürgerliche Presse nur zu süßen bekommt, was sie selbst durch ihre volkswirtschaftliche Theorien grobgejogen hat. Da wir demnach dieses Problem an anderer Stelle eingehender behandeln werden, so verzichten wir vorläufig auf die Beleuchtung weiterer Einzelheiten. Nur soviel möchten wir hier schon sagen, daß wenn sich die bis jetzt noch von großindustriellen und kapitalistischen Kreisen treffende bürgerliche Presse auf dem Gebiete der Papierproduktion nicht sofort in praktischer und genofschenschaftlicher Weise zur Selbsthilfe zusammenschließt, dann wird ihr nicht mehr zu helfen sein.

Zur Beachtung für Kriegsbeschädigte. Wie das Organ des Reichsbundes für Kriegsbeschädigte in seiner Nummer vom 1. April mitteilt, ist eine Anrechnung der ab 1. Mai 1920 gewährten Feuerungszulage von 30 Proz. auf die nach § 94 des Feuerungsverordnungsgeleges zuzurechnenden Abfindungssummen unzulässig. Ein Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 14. Dezember 1920 (Nr. IV A. 2. 3548. 20), veröffentlicht in den „Amtlichen Nachrichten des Reichsarbeitsministeriums“ (Seite 55 vom 21. Dezember 1920) bestimmt ausdrücklich, daß dieser Feuerungszulage auf die betreffenden Abfindungssummen nicht in Anrechnung gebracht werden darf. Wo dennoch eine solche vorgenommen wurde, ist unter Berufung auf diesen Erlaß beim zuständigen Versorgungsamt Einspruch zu erheben. — Sterbegeld für Kriegsbeschädigte haben nach § 34 des Reichsverordnungsgeleges die Hinterbliebenen eines Rentenempfängers zu beanpruchen. Unter Rentenempfänger sind hier nicht nur Beschädigte zu verstehen, denen auf Grund der Folgen einer als Dienstbeschädigung anerkannten Gesundheitsfürung Rente bewilligt worden ist, sondern auch solche, denen auf Grund des § 32 des Reichsverordnungsgeleges Übergangsgeld gezahlt wird. Das Sterbegeld beträgt für die Orisklasse A 400 Mk., B und C 350 Mk., D 300 Mk., E 250 Mk. Zu diesen Beträgen wird gemäß § 87 des Reichsverordnungsgeleges bis zum 31. Dezember 1921 ein Feuerungszulage von 25 Proz. gewährt. Vom 1. Januar 1921 beträgt dieser Feuerungszulage 35 Proz. Das Sterbegeld wird an diejenige gezahlt, welche die Bestattung befragt haben. Meißt ein Überchuß, so find nacheinander der Ehegatte, die Kinder, der Vater, die Mutter, der Großvater, die Großmutter, die Geschwister und Geschwisterkinder bezugsberechtigt, wenn sie mit dem Verstorbenen zur Zeit des Todes in häuslicher Gemeinschaft gelebt haben. Auf das nach dem Reichsverordnungsgelech zuzurechnende Sterbegeld wird ein auf Grund der Reichsberücksichtigungsordnung zu zahlendes Sterbegeld angerechnet. Es kommt also in jedem Falle beim Tod eines Krankenkassenmitgliedes das von der Krankenkasse gewährte Sterbegeld in Anrechnung.

Die Kerlen der Reichsbeamten. Laut Beschluß des Reichskabinetts erhalten alle Reichsbeamten, ohne daß es eines besonderen Antrags bedarf, alljährlich einen Erziehungsurlaub nach folgenden Richtlinien: Die Urlaubsdauer ist unter Berücksichtigung der Familienlage und des Lebensalters der Beamten abzumessen. Etlich für die Be-

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 20 Pfennig das Exemplar. Der Betrag ist bei Bestellung gleich miteinzulieben.

Beilage zu Nr. 40 — Leipzig, den 7. April 1921

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweiligen nächsten Nummer.

Das Buchgewerbe im Auslande

Schweiz. Nach dem Entschiede des Schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements anlässlich des letzten Streiks hätte Anfang März eine gemischte Kommission von Prinzipalen und Gehilfen zusammentreten sollen, um zu prüfen, ob der „Preisabbau“ so weit vorgeschritten sei, daß man auch bei den Löhnen anfangen könne. Der „Typographenbund“ hatte seine Delegation bereits bestimmt. Der Zentralvorstand des Schweizerischen Buchdruckervereins hat jedoch dem Einigungsantrag mitgeteilt, daß die von der außerordentlichen Delegiertenversammlung eingeleitete Kommission beschlossen habe, es seien die gegenwärtigen Lohnzuflagen bis auf weiteres zu zahlen. Inzwischen werde sich eine Generalversammlung mit den Anträgen der Kommission befassen. Der Buchdruckerverein verzichte deswegen darauf, eine Delegation für die im Entschiede des Volkswirtschaftsdepartements vorgesehene Kommission zu bestimmen. Die oben erwähnte Generalversammlung des Buchdruckervereins fand am 6. März in Bern statt; ihre Entschiede waren aber nicht nach dem Wunsch der Scharfmacher, die Mehrheit wollte nichts von einer Kündigung oder dem Austritt aus der Berufsgemeinschaft wissen. Im Gegenteil, die Herren Scharfmacher von St. Gallen und Bern mußten sich bittere Wahrheiten sagen lassen. Der Großteil der Prinzipale sah offenbar die Gefährlichkeit dieses Streikens ein. Auch in der „Buchdruckerzeitung“ wurde mit den St. Galler Prinzipalen mit aller Deutlichkeit abgerechnet. Sie haben nun ihre Blamage und lachen sich nun auf ganz kleinliche und zum Teil erbärmliche Art an ihren Gehilfen zu rächen. Aber man wird auch da mit ihnen fertig werden.

Die Konditionslosigkeit nimmt in einzelnen Gegenden erschreckende Formen an, und es ist auch gar keine Aussicht auf irgendwelche Besserung. Es ist ohne weiteres klar, solange die uns umgebenden Länder nicht zur Ruhe kommen und kaufkräftiger werden, und solange der politische Sozialismus mit düsteren Wolken verhängt ist, so lange wird es auch in der kleinen Schweiz nicht besser. Das Zentralkomitee hat nun beschlossen, die Dauer der Konditionslosenunterstützung auf 96 Tage auszuweiten und zur Deckung der Mehrausgaben bis auf weiteres eine Ertragssteuer von 20 Pf. pro Woche zu erheben.

Die Generalversammlung des Schweizerischen Typographenbundes findet dieses Jahr in dem alten Städtchen Rapperswil am 15. und 16. Mai (Mittwoch) statt. Vor dem Kriege war die Generalversammlung immer ein Zusammenströmen, ein Treffpunkt der Kollegen aus dem ganzen Verbandsgebiet, alle Freundschaften wurden erneuert und überhaupt die Kollegialität bekam einen mächtigen Impuls. Heute ist dies anders. Wohl steht der Besuch der Tagung immer noch jedem Mitgliede frei, aber viele Kollegen müssen heute darauf verzichten, die Kosten sind zu hoch und die Verhältnisse zu drückend.

Ungarn. Aber das Resultat der beim Abbruch des Kampfes der 6000 ungarischen Bucharbeiter am 4. März sofort eingeleiteten Verhandlungen über die Lohnforderungen liegt uns nunmehr eine Meldung vor. Es wurden danach folgende neue Lohnzulagen vereinbart: Facharbeiter, mit Ausnahme der im ersten und zweiten Gehilfenjahre stehenden, erhalten 260 Kr., Freigewordene im ersten Gehilfenjahre 220 Kr., Arbeiterinnen 220 Kr., Hilfsarbeiter 220 Kr. Diese Zulagen kommen in zwei Halbraten zur Auszahlung. Mit der Woche vom 21. bis 26. März beginnend (erste Auszahlung 26. März), erhalten die bei Tagesstellungen in ausgesprochenen Nacht- oder gemischten Betrieben beschäftigten Facharbeiter 220 Kr., alle andern Facharbeiter, mit Ausnahme der im ersten und zweiten Gehilfenjahre stehenden, 180 Kr., Freigewordene im ersten Gehilfenjahre 125 Kr., im zweiten Gehilfenjahre 130 Kr., Arbeiterinnen 125 Kr., die bei Tagesstellungen in ausgesprochenen Nacht- oder gemischten Betrieben beschäftigten Hilfsarbeiter 135 Kr., alle übrigen Hilfsarbeiter 125 Kr. Zwar sind mit diesen für Budapest geltenden Sätzen die Forderungen der Bucharbeiter nicht als voll erfüllt anzusehen, aber das Erfreulichste an der Bewegung ist, daß die Organisation aus dem Kampfe umwehrt hervorgegangen ist. Auch über Verhandlungen für die Provinz wurde am 9. März nach abschließenden ununterbrochenen Verhandlungen ein Abereinkommen zwischen Unternehmern und Arbeitern erzielt. Was die Herstellung des von der Horthy-Regierung herausgegebenen Interimsblasses anlangt, wäre noch nachzutragen, daß daran neben Führern der Technischen Hochschule auch — „Bräute Christi“ beteiligt waren. Viele Anhängerinnen eines geistlichen Ordens vermochten natürlich das Kraut auch nicht fett zu machen.

Großbritannien. Die Geschäftslage im Buchgewerbe Englands ist noch immer klar und leblos. Die Nachfrage nach Drucksachen ist verwindend, und das Gewerbe lebt sozusagen von der Hand in den Mund. Unter solchen Verhältnissen kann die Gehilfenchaft gegenwärtig nicht an irgendeine Lohn- oder an eine Abwehrbewegung denken, obwohl eine Bewegung der letzteren

Art nabelegend wäre angesichts der Neigung gewisser Prinzipale, sich den aus dem Nationalvertrag entspringenden fortläufigen Verpflichtungen zu entziehen. Nach jenem Vertrage haben die Gehilfen für alle gelebten Feiertage den vollen Lohn zu beanspruchen. Um sich von der Erfüllung dieses Anspruchs zu drücken, verfolgten nicht wenige Prinzipale in der Provinz die Politik, vor den Feiertagen ihre Personalabteilung auf ein Minimum herabzusetzen. Infolgedessen waren diese Ostern Hunderte von Kollegen arbeitslos.

Was die gewerbliche Arbeitslosigkeit im allgemeinen anbetrifft, so kann von einer kleinen Besserung berichtet werden. In den großen Städten hat sich die Arbeitslosenzahl etwas verringert, dank der von den örtlichen Organisationsstellen getroffenen Maßnahmen. Glücklicherweise ist auch die Inflation der Lebensmittelpreise weiter gesunken, im ganzen um 14 Punkte innerhalb der letzten Wochen. Die Londoner Sebergewerkschaft hat neulich jedem Mitglied eine wöchentliche Steuer von 1 Schilling 6 Pence und 3 Pence pro Stunde für alle Überarbeit zur Unterstützung der Arbeitslosen auferlegt.

Aus dem englischen Zeitungs-gewerbe ist diesmal wenig Neues zu berichten. Die Papierpreise sind gegenwärtig etwas geringer (etwa 4 Pence pro Pfund), aber die Papierbeschaffung selbst bleibt für die heutigen Bedürfnisse immer noch unzureichend. — Noch eine große Tageszeitung ist eingegangen. Infolge hoher Druckkosten und scharfer Konkurrenz von London aus sah sich vor kurzem die „Leicester Daily Post“ gezwungen, ihre Pforten zu schließen. Im Jahre 1870 gegründet, erfreute sich diese Zeitung bzw. ihr Herausgeber eines guten Namens unter den Mitgliedern des Provinzverbandes und die Wohlwollenheit Mittelenglands verzeihend mit Bedauern das Eingehen der genannten Zeitung. — Die Bewegung unter den kleineren Zeitungsverlegern Schottlands zur Herbeiführung eines Lohnabbaues blieb in den Anfängen stecken; man hält wahrscheinlich die Zeit noch nicht reif für ein Vorgehen auf der ganzen Linie.

Wie groß das Interesse der englischen Arbeiter an allen Sportereignissen ist, dürfte wohl bekannt sein. Immerhin erregte es einiges Aufsehen, als der leitende Redakteur des „Daily Herald“, George Rankin, kürzlich selbst einem Fußballspiele beizuwohnte, um den Gang des Spieles in der einzigen sozialdemokratischen Arbeiterzeitung Englands beschreiben zu können. Moskau und die dritte Internationale sind für die englische Arbeiterchaft weit entfernt von ihren Fußballspielplätzen.

Amerika. Wie wir in der „Buchdruckerzeitung“, dem offiziellen Organ der Deutsch-Amerikanischen Typographen, lesen, wird jetzt in Amerika vom gesamten Unternehmertum ein Vernichtungskampf gegen die Gewerkschaften geführt unter dem Schlagtruf „Nieder mit der Union-Werkschaft!“ Für die amerikanische Buchdrucker hat glücklicherweise der Schluß des Unternehmertums seinen Schaden verloren, denn sie sind zu gut organisiert, um sich durch Erhöhungen einschüchtern zu lassen, und sie wissen zu gut, daß die Buchdruckerzeitung, wenn sie ihre Betriebe erfolgreich im Gange halten wollen, wohl oder übel Verbandsmitglieder einstellen müssen. Welt mehr jedoch als durch den allgemeinen Kampf gegen die Gewerkschaften wird das amerikanische Buchdrucker-gewerbe durch die Behörden in Aufregung gebracht, die es als „Employing Printers of America“ organisierten Völkchen von Werk- und Abzweigendruckereien gegen die gesamte Gehilfenchaft entfalten, da sich diese erlaubt, vom kommenden 1. Mai ab die 44stündige Arbeitswoche bzw. den Sonnabendhalbtage in den Werk- und Abzweigendruckereien zu fördern. Doch diese Forderung keine plötzliche ist, sondern daß Verhandlungen darüber, sie auf friedlichem Weg und ohne Nachteil für das Buchdrucker-gewerbe einzuführen, schon seit mehr als zwei Jahren im Gange sind, und daß auch Vertreter verschiedener Organisationen von Trudereibesitzern ihren Arbeitern bereits vor Jahr und Tag die Einführung der 44stündigen Arbeitswoche am kommenden 1. Mai versprochen haben, sich die Herren weiter nicht an, sondern sie erheben ein Jammergeschrei im ganzen Lande darüber, daß „ihre“ Arbeiter mit ihrer beschriebenen Forderung die ganze Buchdruckerindustrie zerstören wollen, und sie stellen sich an, als ob die bösen Arbeiter ihnen und ihren Familien das zum Leben so sehr benötigte Stück Brot rauben würden, wenn sie sich weigern, auch am Sonnabenddruck mit ihr zu frönen. Im ganzen Lande beruft die unionistische Heilbrigade der Trudereibesitzer Versammlungen der Prinzipale ein, und in kommenden Aufrufen, die von Zeichnungen der ihrer Ansicht nach zu launen Arbeiter nur lo wimmeln, werden die Trudereibesitzer aufgefordert, sich laut und lauter und jeder für sich gegen diese „unverheißene“ Forderung ihrer Arbeiter zu wehren zu setzen. Und das alles nur, weil die Gehilfenchaft helmen andern Ausweg sieht, um von den Tausenden von Buchdruckern, die jetzt in Amerika ohne Beschäftigung sind, wenigstens einen kleinen Teil wieder in Arbeit und Verdienst zu bringen. Es ist eben eine sonderbare Welt, diese Welt der Profitgale, in der wir jetzt leben!

Auf einer in Chicago im Februar abgehaltenen Sitzung der „Inland Daily Press Association“ gaben die Herausgeber des „New York Globe“ und der „Daven-

port Times“ ihrer Überzeugung dahin Ausdruck, daß ein erheblicher Rückgang im Preise von Druckpapier in Amerika bevorstehe, so daß daselbst Anfang März d. J. auf 4 1/2 Cents und bis zum Sommer auf 3 1/2 Cents per Pfund sinken werde.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Hs. Bezirk Barmen. Nachdem in der Bezirksversammlung vom 13. März zunächst das Andenken zweier verstorbenen Kollegen gebräut worden war, wurde das Resultat der Schiedsgerichtswahl bekannt gegeben. Wegen die am Vororte vollzogene Wahl des Bezirksvorstandes wurden keine Einwendungen erhoben. Der gedruckte vorliegende Massenbericht über das vierte Quartal 1920 fand Genehmigung. Einen breiten Raum nahm der folgende Tagesordnungspunkt ein. Der Ortsverein Remscheid, der allem Anschein nach sich größtenteils aus „Zellenbauern“ zusammensetzt, hatte den allbekanntesten Antrag: Stellungnahme zu dem „Offenen Brief“ der VAPD, gestellt. Nachdem jeder Kollege mit einem Exemplar des „Offenen Briefes“ beglückt worden war, bemühte sich der Beauftragte des Antrags vergeblich, die Versammlung von seinem „ehrlichen Willen“, dem Unternehmertum eine Einheitsfront (?) gegenüberzustellen, zu überzeugen. Nach längerer Debatte, in der die Arbeiterpersönlichkeiten eine gründliche Absurde erlitten, wurde die Remscheider Resolution abgelehnt. Wegen wenige Stimmen stellte sich die Versammlung vielmehr auf den Boden einer Resolution der hiesigen Gewerkschaftskommission, die folgendermaßen lautet: „Die Gewerkschaftskommission Barmen-Eberfeld steht auf dem Standpunkt, daß es die vornehmste, aber auch die schwerste Aufgabe der deutschen Arbeiter ist, die Einheitsfront ihrer Bewegung wieder herzustellen. Die Gewerkschaftskommission ist bereit, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die gemeinsame Aktion und als ferneres Ziel die Einheitsfront der Arbeiterbewegung zu fördern. Den von der VAPD, im „Offenen Brief“ betretenen Weg hält die Gewerkschaftskommission nicht für durchführbar. Es ist eine Einigung auf dem Programm einer bestimmten Partei nicht möglich, da mit aufem Recht alle Parteien ihr Programm als das richtige ansehen und ein Abgeben ablehnen werden. Die Gewerkschaftskommission steht auf dem Standpunkt, daß die von der VAPD, eingeleitete Aktion lediglich dem Agitationsbedürfnis entsprungen und nur berechnet ist, ihre eigenen arbeitserheblichen Bestrebungen zu verdecken. Durch das bisherige Verhalten und die Aufrufe der VAPD, besonders in der Betriebsfrage, ist die Gewerkschaftskommission in der Aufassung gekommen, daß sie die VAPD, als Zerfallener der Gewerkschaften zu betrachten hat. Die Gewerkschaftskommission erklärt es mit den gewerkschaftlichen Grundfäden für unvereinbar, die in den Moskauer Richtlinien niedergelegten Grundzüge in den Gewerkschaften zur Durchführung zu bringen, da hierdurch die Einheitsfront der Gewerkschaften zertrümmert wird. Die Gewerkschaftsbewegung wird das Band bilden zur Herstellung der einheitsfrontlichen politischen Bewegung und ist als heiligstes Gut der Arbeiterschaft unter allen Umständen zu erhalten.“ Hierauf nahm die Versammlung den Bericht des Beauftragten E. Karp (Eberfeld) von der Kreisamtsitzung und der Bezirksvorsitzberichterstattung entgegen. Prinzipalsseitig war in Köln alles auf Lohnabbau gestimmt, während die Gehilfenvertreter erklärten, unter den heiligen Verhältnissen einer Herabsetzung des Lohnes entschieden entgegenzusetzen zu müssen. In der Diskussion wurde betont, daß sich die Wupperthaler unter keinen Umständen einen Lohnabbau gelassen ließen. Zum Schluß wurde zum Verkürzarbeiten Stellung genommen und einige vom Vorstande vorgeschlagene Änderungen im Bezirksstatut aufgegeben.

Berlin. Am 1. April d. J. beging der Seberkollege Franz Ewen in der Firma Rudolf Wolff, Jerusalemer Straße, sein 50jähriges Berufsjubiläum. Seit den ersten Gehilfenjahren ist er ein treues und regames Mitglied unfrer Organisation. Bei geistiger und körperlicher Frische geht der Jubilar auch heute noch seinem Berufe nach. Am Sonntag, dem 24. April, veranstalteten die Kollegen der Firma ihm zu Ehren einen Familienabend in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59.

Berlin. (Generalversammlung am 11. März.) Tagesordnung: 1. Situationsbericht und Beratung über die Anträge der Bezirke; 2. Festschließung des Verbandsbeitrags und erneute Stellungnahme zu der Besserung der Überstunden; 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 der Tagesordnung stellte Kollege Massini mit, daß die Arbeitslosigkeit im Buchdrucker-gewerbe im allgemeinen nachgefallen habe. Bei einem Mitgliederstand von 13250 waren in Berlin am 1. März 250 Kollegen krank und 205 arbeitslos. Circa drei Viertel der Arbeitslosen sind Trudierkollegen. Die tiefere Ursache hierzu muß erst noch ergründet werden. Es ist jedoch fest, daß die technischen Fortschritte, speziell in dem in den letzten Jahren bedeutend verbesserten Offsetverfahren, den Hauptanteil an der ausfallenden Arbeitslosigkeit der Trudier haben. Wegen die Entwicklung kann man nicht an-

